

## **Newsletter 02/2025 (169. Ausgabe)**

25.02.2025

### **Polen: Erstes Treffen über Investitionspläne in Straßen, Schienen, Luftfahrt, Gewässern und Seehäfen**

Am 10. Februar 2025 trafen sich in Łódź der Infrastrukturminister Dariusz Klimczak und der stellvertretende Minister für Entwicklung und Technologie Michał Jaros in Begleitung von Vertretern der dem Infrastrukturministerium unterstehenden Einheiten und Unternehmen mit Vertretern der Bauindustrie. Das Treffen war die erste Veranstaltung dieser Art, deren Ziel es ist, die Zusammenarbeit zwischen der staatlichen Verwaltung und der Baubranche zu stärken. Es wurden Investitionspläne für die nächsten zwei Jahre im Wert von 80 Mrd. PLN vorgestellt.

"Ein solches Treffen hat in Polen noch nie stattgefunden. Wir sprechen über die wichtigsten Investitionen, die in diesem und nächsten Jahr, aber auch mit einer Perspektive bis 2032 umgesetzt werden. Allein im Infrastrukturministerium werden wir in diesem und nächsten Jahr Ausschreibungen im Wert von 80 Milliarden PLN bekannt geben, die GDDKiA wird in diesem Jahr 20 Milliarden PLN für den Straßenbau in Polen ausgeben", sagte Minister Dariusz Klimczak.

Während der Veranstaltung hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, mit Vertretern von Unternehmen und Einheiten zu sprechen, die dem Infrastrukturministerium unterstellt sind. Dadurch entstand ein Raum für den Erfahrungsaustausch und die Entwicklung gemeinsamer Lösungen für die Zukunft der polnischen Infrastruktur.

Minister Dariusz Klimczak kündigte ein intensives Jahr hinsichtlich der Aufträge für die Straßen-, Schienen-, Luft- und Seeinfrastruktur an. Er betonte, dass mehrjährige Regierungsprogramme fortgeführt würden, etwa das Regierungsprogramm für den Bau von Nationalstraßen bis 2030, das Investitionsprogramm für Bahnhöfe und das Nationale Eisenbahnprogramm.

Im Jahr 2025 plant die Generaldirektion für Nationalstraßen und Autobahnen Investitionsausgaben in Höhe von rund 20 Milliarden PLN und beabsichtigt, dieses Niveau bis 2030 beizubehalten. Im Rahmen des Regierungsprogramms für den Bau von Nationalstraßen bzw. den Bau neuer Umgehungsstraßen plant die GDDKiA, im Jahr 2025 Ausschreibungen für 392 km Straßen bekannt zu geben. Im Jahr 2026 beabsichtigt die GDDKiA, den Bau weiterer 500 km Straßen auszuschreiben. Die Ausschreibungen erfolgen auch im Rahmen des Programms zur Stärkung des Nationalen Straßennetzes und umfassen Aufgaben auf ca. 100 km Nationalstraßen im Gesamtwert von 1,8 Milliarden PLN. Zu den geplanten Ausschreibungen gehören auch kleinere Aufgaben wie: Servicebereiche, einschließlich des Baus von Schneeräumungsrampen, der Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit und der Erstellung von Entwurfs- und Vorbereitungsunterlagen.

Im Eisenbahnsektor werden im Jahr 2025 Ausschreibungen im Gesamtwert von rund 16 Milliarden PLN veröffentlicht, die etwa 1.300 km Eisenbahnstrecken abdecken. In den nächsten drei Jahren wird PKP PLK im Rahmen des Nationalen Eisenbahnprogramms wichtige Projekte umsetzen, wie den Bau der Strecke Podłęże – Tymbark/Mszana Dolna oder die Modernisierung der Strecke Nr. 104 Chabówka – Nowy Sącz (14 Milliarden PLN) und der Strecke Nr. 201 Maksymilianowo – Kościerzyna – Gdynia. Darüber hinaus plant PKP SA, in den kommenden Jahren 1,5 Milliarden PLN für Investitionen in Bahnhöfe bereitzustellen.

Das Mehrjahresprogramm CPK geht für die Jahre 2025–2026 von Investitionsausgaben in Höhe von über 20 Milliarden PLN aus. Für den Zentralen Kommunikationshafen ist das Jahr 2025 die Zeit für die Fortsetzung der Vorbereitungs- und Entwurfsarbeiten (in Łódź auch der Bauarbeiten) und die Entwicklung der Unterlagen für die Baugenehmigung. Noch in diesem Jahr will das Unternehmen unter anderem entsprechende Genehmigungen beantragen. für Terminal und Bahnhof sowie einige unterstützende Einrichtungen, wie z. B. Gebäude der Flughafenfeuerwehr. Zu den weiteren für dieses Jahr geplanten Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Bau des CPK-Flughafens gehören: die Fortsetzung zahlreicher Entwurfsarbeiten, ein detailliertes Konzept für die Entwicklung der Baustelle, die Fortsetzung geologischer und technischer Bohrungen und archäologischer Untersuchungen sowie die Bekanntgabe von Ausschreibungen für Auftragnehmer für die Basisarbeiten.

Die staatliche Wasserwirtschaftsbehörde Wody Polskie plant im Rahmen des Wasserwirtschaftsinvestitionsprogramms, in den Jahren 2025–2026 Ausschreibungen im Gesamtwert von über 2,8 Milliarden PLN bekannt zu geben. Die Seefahrtsämter in Gdynia und Stettin sowie der Seenotrettungsdienst erwarten ihrerseits Aufträge im Wert von über 3,8 Milliarden PLN, darunter: Bau und Umbau von Wellenbrechern, Piers, Kais und Baggerarbeiten.

Der geschätzte Gesamtwert der Ausschreibungen für für 2025–2026 geplante Infrastrukturinvestitionen beträgt über 80 Milliarden PLN.  
(Quelle Infrastrukturministerium Warszawa/Warschau)

### **Hochwasserschutz im Weichsel-Nogat-Gebiet**

Am 17. Februar 2025 fand in Nowy Dwór Gdański eine Sitzung der Parlamentariergruppe Żuławy (Weichsel-Nogat-Mündung) statt, an der unter anderem teilnahmen: Stellvertretender Infrastrukturminister Przemysław Koperski, Leitung von Polish Waters, Parlamentsabgeordnete und Beamte der lokalen Regierung.

Vizeminister Przemysław Koperski informierte über die Vorbereitung der dritten Phase des Żuławy-Programms – „Umfassender Hochwasserschutz für Żuławy“ mit einem Gesamtwert von über 414 Millionen PLN. "Ich bin ein Befürworter der Idee, ein umfassendes Programm zur Gewährleistung der Instandhaltung der Infrastruktur über

einen Zeitraum von zehn Jahren zu schaffen. Dies ist die optimalste Lösung. Dies wird eine Garantie für das stabile Funktionieren dieser Gebiete für viele Jahre sein", sagte der stellvertretende Infrastrukturminister Przemysław Koperski.

Der Direktor der Regionalen Wasserwirtschaftsbehörde in Danzig stellte Einzelheiten des Programms vor, dessen Umsetzung die Sicherheit in der Region Żuławy gewährleisten wird. Für die Umsetzung der Aufgaben im Rahmen der dritten Phase des Żuławy-Programms werden Mittel aus dem Programm FEnKS 2021–2027 bereitgestellt. RZGW Gdańsk teilte mit, dass die Bauarbeiten im Rahmen der Restaufgaben in den Jahren 2026–2029 durchgeführt werden.

(Quelle Infrastrukturministerium Warszawa/Warschau)

### **Bundeswasserstraßen: 98 % Verfügbarkeit im Jahr und noch Reserven frei**

Das Wasserstraßen-Neubauamt Berlin zeigt in einer Pressemitteilung eine positive Entwicklung auf und meint, in der Region Berlin-Brandenburg beginne im Jahr 2025 ein neues Zeitalter der Binnenschifffahrt. Dafür sprächen folgende Fakten:

- Die Verkehrszahlen auf den Wasserstraßen in der Region steigen wieder an.
- Der letzte große Streckenabschnitt des VDE 17 zwischen Brandenburg an der Havel und Ketzin/Havel ist bestandskräftig planfestgestellt und die Baudurchführung hat begonnen (siehe unten).
- Das Land Berlin hat gerade mit der Bauausführung für sein 100 Mio. Euro Projekt zur Modernisierung des Südhafens Spandau an der Havel begonnen.
- In den letzten Tagen wurden in Polen die Beschwerden gegen die Umweltgenehmigung für den Bau des neuen Tiefwassercontainerterminals Swinoujście zurückgewiesen, so dass dessen Inbetriebnahme wie geplant zum Jahreswechsel 2028/29 erfolgen kann.
- Der Umbau der wichtigsten Terminals im Seehafen Szczecin zur Anpassung an die neu hergestellte Fahrrinnentiefe für die seewärtige Zufahrt von 12,5 Meter wird in diesem Jahr abgeschlossen.
- Die durchgängige Grundinstandsetzung der Stromregulierungsbauwerke an der Grenzoder und der freifließenden Strecke der Oder in Polen wurde im Jahr 2024 abgeschlossen.
- Schon Anfang letzten Jahres hatte die Europäische Kommission die einzige für die Binnengüterschifffahrt interessante Seehafenhinterlandanbindung eines Ostseehafens an das 22.000 Kilometer lange Binnenwasserstraßennetz Westeuropas in das neu definierte Kernnetz des transeuropäische Wasserstraßennetzes TEN-V aufgenommen, so dass der im Wasserstraßenausbaugesetz von 2016 verankerte weitere Fahrrinnenausbau entlang der VDE 17 – Strecke und der Havel-Oder-Wasserstraße von der EU mit bis zu 50% der Planungs- und Baukosten kofinanziert werden kann.

Mit der Umsetzung dieser Investitionen wird sich die Infrastrukturlandschaft in der Region Berlin-Brandenburg nachhaltig verändern, ohne dass andere wichtige Nutzungen wie z. B. der boomende Wassertourismus oder der Naturschutz vernachlässigt werden.

Fahrrinnenanpassung an der Havel zwischen Ketzin/Havel und Brandenburg an der Havel (Teilprojekt VDE 17)

Fast 34 Jahre nachdem die damalige Bundesregierung am 19. April 1991 den Beschluss zur Realisierung der 17 Verkehrswegeprojekte Deutsche Einheit (VDE) verabschiedet hat, ist jetzt der Planfeststellungsbeschluss für den letzten großen Streckenabschnitt des VDE 17 vollumfänglich bestandskräftig geworden.

Mit Az. 3700P-143.3-Pro 41 vom 12. Dezember 2023 hatte die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt den Planfeststellungsbeschluss für die „Fahrrinnenanpassung in der Unteren Havel-Wasserstraße, UHW km 32,61 bis km 54,24 – Flusshavel“ erlassen und im Januar 2024 öffentlich bekannt gemacht und ausgelegt. Gegen diesen Beschluss hatten der Verband der Deutschen Binnenfischerei und Aquakultur e. V. sowie ein Fischereibetreiber fristgerecht vor dem hier zuständigen Bundesverwaltungsgericht geklagt.

Im Zuge einer öffentlichen Verhandlung zu der Verwaltungsstreitsache vor dem 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichtes haben die Kläger am 25. Januar 2025 ihre Klagen zurückgenommen, so dass der Planfeststellungsbeschluss nun vorbehaltlos bestandskräftig geworden ist.

Der 22 Kilometer lange Wasserstraßenabschnitt an der Havel ist durch zahlreiche Seen und seeartige Aufweitungen sowie zahlreiche kanalartige Durchstiche gekennzeichnet, die im Zuge historischer Baumaßnahmen entstanden sind. Die jetzt bestandskräftig gewordene Ausbauplanung verzichtet durchgängig auf Uferrückverlegungen. In den Seenstrecken finden praktisch keine Baumaßnahmen mehr statt. Als Sollwassertiefe dort wird eine Fahrrinntiefe von 3,20 m angehalten. In den Durchstichen wurde die Sollfahrrinntiefe auf 3,50 m festgelegt. Vorhandene Ufereinfassungen werden nur noch dort erneuert, wo ein Abflachen des Ufers infolge schiffsinduzierter Wellen und Strömungen aus Verkehrssicherheitsgründen nicht zugelassen werden kann.

Die Bemessungsfahrzeuge der europäischen Wasserstraßenklasse Vb werden nach der Fahrrinnenanpassung dennoch mit Abmessungen von bis zu 185 m Länge, 11,45 m Breite und 2,80 m Abladetiefe verkehren können, müssen aber Einschränkungen in der Leichtigkeit des Schiffsverkehrs in Form von Begegnungs- und Geschwindigkeitseinschränkungen in Kauf nehmen.

Für die Bauausführung gibt es zahlreiche Umweltauflagen und naturschutzfachlich begründete Bauzeitenfenster, z. B. zur Beachtung der Brut- und Rastzeiten für Vögel. Vor Baubeginn müssen aus Beweissicherungsgründen noch einmal eine naturschutzfachliche Bestandsaufnahme und sogenannte CEF-Maßnahmen abgeschlossen werden. Die Bauausführung wird in drei zeitversetzt auszuschreibende

Baulose aufgeteilt. Das Wasserstraßen-Neubauamt Berlin rechnet mit einer Bauzeit von insgesamt vier Jahren.

Die Bauausgaben für den 22 Kilometer langen Streckenabschnitt in Höhe von rd. 50 Mio. € finanziert der Bund. Trotz seiner langen Laufzeit befindet sich das VDE 17 damit immer noch im Rahmen der im Jahr 1991 mit 4 Mrd. DM vorgegebenen Zielkosten. Der Wasserstraßenabschnitt ist Gegenstand des Ende 2024 von der Europäische Kommission festgelegten transeuropäischen Kernnetzes TEN-V.  
Quelle: Wasserstraßen-Neubauamt Berlin)

### **Sperrungen von Wasserstraßen**

In Rekordzeit konnte das Schleusentor der Schleuse Müden an der Mosel erneuert werden, sodass die Wasserstraße wieder in vollem Umfang nutzbar ist. Bedauerlicherweise verlief die Wiederherstellung der Befahrbarkeit der Elbe im Stadtgebiet von Dresden nicht so wie erwartet. Zwar konnte ein Fahrzeug passieren, doch wird die uneingeschränkte Befahrbarkeit noch auf sich warten lassen.

\* \* \* \* \*

Haben Sie interessante Neuigkeiten aus Ihrem Bereich, die Sie gern im neuen Newsletter des Verein veröffentlicht sehen wollen ?

Dann mailen Sie Ihre Information an [info@oderverein.de](mailto:info@oderverein.de) oder faxen Sie sie an +49 30 47480416.

\* \* \* \* \*

Verantwortl. f. d. Inhalt: Gerhard Ostwald, Vorsitzender

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES STROMGEBIETES ODER/HAVEL E. V. , c/o Gerhard Ostwald, Le Pavillon-Str. 29, 13127 Berlin, Fon +49 30 47480414, Fax +49 30 47480416, E- Mail [info@oderverein.de](mailto:info@oderverein.de)